S 11 KR 588/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Sozialgericht Heilbronn
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	11.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 11 KR 588/21
Datum	13.01.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	L 11 KR 460/22
Datum	19.09.2023

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung der KlÄgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 13.01.2022 wird zurÄckgewiesen.

AuÄgergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Die KlÄgerin begehrt mit ihrer Klage verschiedene gerichtliche Feststellungen.

Die 1955 geborene KlÄgerin ist seit dem 01.01.2005 als Bezieherin von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) bei der Beklagten gesetzlich krankenversichert. Sie ist ausgebildete Zahnarzthelferin und war in diesem Beruf bis zum 31.05.1979 tÄtig. In der Zeit vom 01.09.1979 bis 30.04.1995 war die KlÄgerin, unterbrochen von einer Zeit der Arbeitslosigkeit von Januar 1982 bis zum 13.10.1985, mit BÄrotÄtigkeiten beschÄftigt. Seitdem ist sie dauerhaft arbeitslos. Die KlÄgerin fÄhrte bereits zahlreiche gerichtliche Verfahren gegen verschiedene VersicherungstrÄger wegen verschiedener von ihr vorgetragener Erkrankungen und Beschwerden, welche sie auf einen Quecksilberunfall wÄhrend

ihrer Tätigkeit in einer Zahnarztpraxis zurückzuführen (wobei die Anerkennung einer Berufskrankheit nach Nr. 1102 [Erkrankungen durch Quecksilber oder seine Verbindungen] mangels Nachweises eines solchen Unfalls nicht erfolgte, vgl. Urteil des Landessozialgerichts [LSG] Baden-Württemberg vom 19.06.2008, Aktenzeichen [L 6 U 1540/06](#)).

Mit Schreiben vom 13.06.2019 und 22.06.2019 wandte sich die Klägerin an die Beklagte und bat um Nachweise, dass im Leistungskatalog der Krankenkasse vor 1992 Abrechnungspositionen zur Abrechnung von Positionen für Untersuchungen und Therapien von Schwermetallbelastungen vorhanden gewesen und dass diese nach 1992 aus dem Leistungskatalog der Krankenkasse herausgenommen worden seien.

Die Beklagte teilte der Klägerin daraufhin mit Schreiben vom 18.06.2019 mit, dass sie keine Nachweise über Abrechnungspositionen vor dem Jahr 1992 bezüglich der Untersuchungen von Belastungen auf Schwermetallen habe. Sie könne sich hierfür ggfs. an die Kassenärztliche Vereinigung wenden.

Am 17.02.2021 hat die Klägerin Klage beim Sozialgericht Heilbronn (SG) erhoben und wortwörtlich beantragt, festzustellen,

â Dass die Beklagte, B1, die benötigte gesetzlichen Kassenleistungen für Untersuchungen der Mangelerscheinungen von Proteinen, Aminosäuren (25 â 28 Stück) und Fettsäuren (2 Stück) als Folge der Intoxikation mit Schwermetallen und andere Belastungen an Arbeitsplätzen zu meinem Antrag vom 04.06.2019 in ihrem Leistungskatalog bis 1992 enthielt.

Dass die Beklagte, B1, zuständig ist die fehlenden gesetzlichen Kassenleistungen zur Klärung der Untersuchungen der Mangelerscheinungen von Proteinen, Aminosäuren und Fettsäuren: Omega 3 + Omega 6; Aminosäurenprofil: Alanin, Arginin, Asparagin, Asparaginsäure, Glutamin, Glutaminsäure, Glycin, Histidin, Isoleucin, Leucin, Lysin, Methionin, Phenylalanin, Serin, Threonin, Tryptophan, Tyrosin, Valin, Taurin, Citrullin, Carnosin, Methyhistidin, -Aminobuttersäure, -Aminobuttersäure, Ornithin, Cystein, Purin, Prolin zur Intoxikation mit Folgeschaden aus meiner früheren medizinischen Tätigkeit in der Praxis und andere Belastung zu erbringen.

Dass bei der Beklagten, B1, in ihren gesetzlichen Kassenleistungen die Untersuchung auf Mangelerscheinungen von Proteinen, Aminosäuren (25 â 28 Stück) und Fettsäure (Omega 3 und Omega 6) nach 1992 bis heute im Leistungskatalog nicht mehr enthalten sind.

Dass bei der Beklagten, B1, in ihren gesetzlichen Kassenleistungen für die Untersuchung auf Mangelerscheinungen von Proteinen, Aminosäuren und Fettsäure nach 1992 bis heute im Leistungskatalog eine Ausnahme Regelung zur Abrechnung gibt und für die Nachprüfung der Werte, ob Therapien erfolgreich waren.â

Zur Begründung hat sie ein Antragsschreiben vom 04.06.2019 (âBerichtigung des Antrags vom 04.06.2019 â Antrag auf Untersuchung von aufgetretenen Mangelerscheinungen, welche auftreten, siehe einzelne Angaben dazu im Text um

welche es sich handelt, als Folge der Intoxikation mit Schwermetallen in Form der gestörten Zelltoxizität) ausgeführt, es bestehe ein berechtigtes Interesse auf baldige Feststellung, da die Klage dazu dienen solle, eine Klage vor einem ordentlichen Gericht zu erheben. Als Mitglied der Beklagten habe sie einen Rechtsanspruch auf eine klare und konkrete Auskunft, ob die benötigten Leistungen im Katalog der Krankenkasse enthalten seien. Hintergrund sei ein Schreiben des Jobcenters H1, in welchem das Jobcenter ausführte, dass die von ihr benötigten Untersuchungen im Beitrag der Krankenkasse enthalten seien. Als Hartz IV-Empfängerin könne sie private Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Die Klägerin hat zudem beantragt, ein gerichtliches Beweissicherungsverfahren zu führen. Ihr sei aus einem Gespräch mit dem Ministerium und der Kassenärztlichen Vereinigung bekannt, dass ohne Anerkennung der Berufskrankheit seit 1992 für Folgeschäden, Auswirkungen und Nachschäden durch die Quecksilberbelastung an ihrem Arbeitsplatz die Krankenkasse für die medizinischen Untersuchungen und Therapien nicht mehr zuständig sei. Weiter hat sie beantragt, ihr zwei getrennte Ausdrücke von 1992 der gesetzlichen Unfallversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten. Die Klage sei unzulässig, da weder erkennbar sei, dass der Gegenstand der begehrten Feststellung unter [Â§ 55](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) falle, noch, dass ein berechtigtes Feststellungsinteresse bestehe. Soweit die Klägerin mit ihrer Klage Untersuchungen oder Behandlungen begehre, sei die Feststellungsklage gegenüber der Gestaltungs- und Leistungsklage subsidiär.

Das SG hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 13.01.2022 abgewiesen. Die erhobene Feststellungsklage sei unzulässig. Soweit die Klägerin die Feststellung durch das Gericht begehre, die Beklagte sei für die Untersuchung der gelisteten Mangelercheinungen zuständig, sei die Klage mangels eines zuvor durchgeführten Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren unzulässig. Soweit die Klägerin die gerichtliche Feststellung begehre, derartige Untersuchungen seien im Leistungskatalog der Beklagten bis 1992 enthalten gewesen und seit 1992 nicht mehr enthalten, und daher Vorgespräche mit Ärzten, Untersuchungen und Therapien hierzu private Leistungen seien, sei die Klage aufgrund eines fehlenden konkreten feststellbaren Rechtsverhältnisses unzulässig. Es fehle außerdem an einem erforderlichen Feststellungsinteresse der Klägerin. Gemäß [Â§ 55 Abs. 1 Nr. 2 SGG](#) könne die Feststellung, welcher Versicherungsträger der Sozialversicherung zuständig sei, begehrt werden. Die Feststellungsklage erfordere grundsätzlich eine vorherige Verwaltungsentscheidung und die gegen sie gerichtete Anfechtungsklage. Regelfall sei also eine kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage, nur in dieser Kombination sei die Feststellungsklage im Regelfall zulässig. Die Klägerin habe vor Erhebung der Klage weder ein Verwaltungs- noch ein Widerspruchsverfahren durchgeführt, die Beklagte sei nicht zuvor mit der Frage ihrer Zuständigkeit für Untersuchungen auf Mangelercheinungen durch die Klägerin befasst worden. Das Schreiben der Klägerin vom 04.06.2019 finde sich nicht in der Verwaltungsakte der Beklagten. Eine Entscheidung der Beklagten hierzu, insbesondere in Form eines feststellenden Verwaltungsaktes, gebe es nicht.

Eine Ausnahme von dem Erfordernis eines durchgeführten Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren liege nicht vor. So sei eine Feststellungsklage dann ausnahmsweise zulässig, wenn es der Klägerin nicht zuzumuten wäre, die Entscheidung der Behörde zunächst abzuwarten. Für eine Unzumutbarkeit einer Vorbefassung der Beklagten seien vorliegend jedoch keine Gründe ersichtlich. Mit der Feststellung, dass und ob gewisse Leistungen im Leistungskatalog der Beklagten vor 1992 vorhanden gewesen und nun nicht mehr vom Leistungskatalog der Beklagten umfasst seien, beantrage die Klägerin die Feststellung einer abstrakten Rechtsfrage, weshalb die Klage diesbezüglich ebenfalls unzulässig sei. Gemäß [§ 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG](#) könne mit der Klage die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses begehrt werden. Unter einem Rechtsverhältnis verstehe man die Rechtsbeziehung zwischen Personen oder zwischen Personen und Gegenständen, die sich aus einem Sachverhalt aufgrund einer Norm für das Verhältnis mehrerer Personen untereinander oder einer Person zu einer Sache ergebe. Eine Feststellungsklage sei nur zulässig, wenn ein konkretes Rechtsverhältnis in Streit stehe, also konkrete Rechte in Anspruch genommen oder bestritten würden, wenn also die Anwendung einer Norm auf einen konkreten, bereits übersehbaren Sachverhalt streitig sei. Zur Klärung abstrakter Rechtsfragen dürfen Gerichte nicht angerufen werden. Die Klägerin begehre die Feststellung reiner Rechtsfragen ohne einen erkennbaren nahen unmittelbaren Zusammenhang zwischen ihr und der Beklagten. Die von der Klägerin beehrte Feststellung zielen nicht auf die Feststellung von Rechten und Pflichten aus einem konkret erkennbaren Rechtsverhältnis ab; sie benenne keinen ausreichend konkreten Sachverhalt, der Anlass geben könnte, die von ihr aufgeworfene Fragen im Wege der Feststellungsklage zu klären. Ohne Darlegung eines solchen konkreten Sachverhaltes begehre die Klägerin aber nicht die Feststellung von Rechten und Pflichten aus einem Rechtsverhältnis, vielmehr laufe ihr Begehren auf die gewünschte Beantwortung einer abstrakten Rechtsfrage hinaus. Demzufolge wolle sie hier lediglich abstrakt geklärt wissen, ob Leistungen für Untersuchungen im Leistungskatalog der Beklagten vor und nach 1992 vorhanden gewesen seien. Ein solches Begehren könne nicht mit der Feststellungsklage verfolgt werden. Auch könne das Gericht kein Feststellungsinteresse erkennen. Sofern die Klägerin die Feststellung begehre, dass Leistungen für Untersuchungen von Mangelercheinungen im Leistungskatalog der Krankenkasse vor 1992 enthalten gewesen seien, dürfte es sich ohnehin um ein vergangenes und beendetes Rechtsverhältnis handeln, insbesondere, da die Klägerin erst seit dem Jahr 2005 bei der Beklagten krankenversichert sei. Ein qualifiziertes Feststellungsinteresse könne das Gericht hierfür nicht erkennen. Sofern die Klägerin die Feststellung begehre, dass Leistungen für Untersuchungen der gelisteten Mangelercheinungen im Leistungskatalog der Krankenkasse nicht mehr enthalten seien, weil sie diesbezüglich einen Anspruch auf diese Leistungen in Zukunft geltend machen wolle, fehle ihr für die Feststellung dieses etwaigen künftigen Rechtsverhältnisses und der daher dann vorbeugenden Feststellungsklage ebenfalls ein besonderes Feststellungsinteresse. Der Klägerin sei ein Abwarten einer Entscheidung der Beklagten zu einer konkret von ihr beantragten Leistung zumutbar. Die Anträge der Klägerin hinsichtlich eines Beweissicherungsverfahrens seien, sofern sie überhaupt die inhaltliche Qualität

eines Antrages auf ein Beweissicherungsverfahren erreichten, jedenfalls unzulässig. Nach [Â§ 76 Abs. 1 SGG](#) könne auf Gesuch eines Beteiligten die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zur Sicherung des Beweises angeordnet werden, wenn zu besorgen sei, dass das Beweismittel verlorengelange oder seine Benutzung erschwert werde, oder wenn der gegenwärtige Zustand einer Person oder einer Sache festgestellt werden soll und der Antragsteller ein berechtigtes Interesse an dieser Feststellung habe. Gemäß [Â§ 76 Abs. 3 SGG](#) gelten für das Verfahren die [Â§§ 487, 490 bis 494](#) der Zivilprozessordnung (ZPO) entsprechend. Den Ausführungen der Klägerin sei weder zu entnehmen, für welches Beweismittel sie ein Beweissicherungsverfahren beantrage, noch in wie weit zu besorgen sei, dass dieses Beweismittel verlorengelange oder seine Benutzung erschwert würde. Das Begehren der Klägerin erfüllt nicht die Voraussetzungen des [Â§ 76 SGG](#), der Antrag auf ein Beweissicherungsverfahren sei daher abzulehnen. Soweit die Klägerin für sich eine Amtshilfe des Sozialgerichts hinsichtlich der Übermittlung von Gesetzesauszügen fordere, sei dieser Antrag unzulässig. Amtshilfe könne nur direkt zwischen Behörden oder Gerichten erfolgen, vgl. [Â§ 5 SGG](#) bzw. [Â§ 3](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X). Die Klägerin sei jedoch Naturpartei und keine Behörde im Gesetzesinne.

Hiergegen (sowie gegen die weiteren Entscheidungen des SG in den Verfahren S 11 KR 414/21, S 11 KR 415/21, S 11 KR 416/21, S 11 KR 587/21, S 11 KR 589/21, S 11 KR 590/21, S 11 KR 591/21, S 11 KR 592/21, S 11 KR 593/21, S 11 KR 594/21, S 11 KR 595/21, S 11 KR 596/21, S 11 KR 597/21, S 11 KR 613/21, S 11 KR 628/21 und S 11 KR 629/21) hat die Klägerin am 19.02.2022 Berufung beim Landessozialgericht Baden-Württemberg eingelegt und zur Begründung (samtlicher soeben angeführter Berufungen) ausgeführt, es handle sich um eine gesamte Klage, die in kleine Teilbereiche gestellt wurde. Sie habe keine Anerkennung ihrer Berufskrankheit. Daher benötige sie einzelne Bescheinigungen der Krankenkasse, dass die genannten Leistungen im Katalog der Beklagten enthalten seien. Auch für Arztgespräche ohne Abrechnungsnummern dürften Ärzte privates Honorar fordern. Sie müsse bei den Sozialträgern den Nachweis erbringen, dass die Krankenkasse die Folgeschäden der Intoxikation nicht erbringe. Sie erhalte nicht die benötigten Behandlungen für Folgeschäden. Diese seien nach Auskunft ihres betreuenden Arztes nicht über sein Budget abrechenbar. Das SG habe keine Ermittlungen bei der Beklagten durchgeführt. Es bestehe ein Feststellungsinteresse. Sie habe bereits Verwaltungsverfahren durchgeführt, insbesondere auf Zahnersatz. Zudem habe sie 2019 und 2022 Anträge gestellt. Auch habe die Beklagte keine Verwaltungsbescheide ausgestellt, so dass sie keine Anfechtungsklage habe erheben können. Sie begehre die gerichtliche Feststellung, um über den Zivilprozess ihre Behandlung zu sichern. Es bestehe auch ein konkretes Rechtsverhältnis mit der Beklagten, da ihr kein Arzt für die Folgeschäden zur Verfügung stehe. Es gehe somit nicht um abstrakte Rechtsfragen. Auch bestehe ein Beweissicherungsinteresse.

Die Klägerin beantragt (wortwörtlich),

1. alle Gerichtsbescheide des SG HN zur B1, Beklagte, welche als Anlage auf Seite 2 genannt werden aufzuheben,
2. an das Sozialgericht zur 1/4ckzuweisen,
3. das Feststellungs-Interesse anzuweisen,
4. dass das Sozialgericht HN Amtshilfe erbringt,
5. damit die endg 1/4ltige Feststellung des zust 1/4ndigen Tr 1/4gers festgestellt wird und
6. wer in Zukunft die medizinische Versorgung der Folgesch 1/4den der Intoxikation mit Auswirkungen und Nachsch 1/4den ohne vorhandene Anerkennung der Berufskrankheit tr 1/4gt bzw. zust 1/4ndig ist, endg 1/4ltig zu kl 1/4ren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zur 1/4ckzuweisen.

Zur Begr 1/4ndung hat sie auf die angefochtene Entscheidung verwiesen.

Die fr 1/4here Berichterstatteerin des Senats hat in dem Verfahren (sowie in den Parallelverfahren [L 11 KR 456/22](#) bis 459/22 und [L 11 KR 461/22](#) bis 472/22) am 25.04.2022 einen Er 1/4rterungstermin durchgef 1/4hrt, in welchem die Kl 1/4gerin zahlreiche Unterlagen vorgelegt hat. Bez 1/4glich der Einzelheiten wird auf das Protokoll auf Bl. 91 ff. der Senatsakte verwiesen. Zudem hat die Kl 1/4gerin in ihren Schreiben vom 08.07.2022, 05.09.2022, 07.09.2023, 09.09.2023, 10.09.2023, 11.09.2023, 12.09.2023, 14.09.2023, 15.09.2023 und 16.09.2023 weitere Ausf 1/4hrungen zum Sachverhalt gemacht.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Rechtsstreits wird auf die Gerichtsakten beider Instanzen sowie die Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen.

Entscheidungsgr 1/4nde

Die Berufung der Kl 1/4gerin bleibt ohne Erfolg.

I. Die gem 1/4 144 SGG statthafte und gem 1/4 151 Abs. 1 SGG form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Kl 1/4gerin ist auch im 1/4brigen zul 1/4ssig.

II. Streitgegenst 1/4ndlich ist im Berufungsverfahren allein der von der Kl 1/4gerin in dieser Instanz gestellte 1/4 zuletzt in der m 1/4ndlichen Verhandlung wiederholte 1/4 Antrag, welchen die Kl 1/4gerin wortgleich f 1/4r alle siebzehn parallelen Verfahren formuliert hat und mit dem sie 1/4 nach sachgerechter Auslegung ihres Begehrens 1/4 eine Aufhebung der Gerichtsbescheide des Sozialgerichts Heilbronn, die Zur 1/4ckverweisung der Verfahren an das Sozialgericht Heilbronn, die 1/4Anweisung 1/4 des Feststellungsinteresses sowie die Verpflichtung des Sozialgerichts Heilbronn zur Erbringung von Amtshilfe zur endg 1/4ltigen Feststellung des zust 1/4ndigen Tr 1/4gers der zuk 1/4nftigen medizinischen Versorgung von Folgesch 1/4den durch Intoxikation bei fehlender Anerkennung einer Berufskrankheit begehrt.

III. Die Berufung der KlÄgerin ist unbegrÄndet. Das SG hat die Klage zu Recht als unzulÄssig abgewiesen. Deshalb kommt auch eine ZurÄckverweisung des Verfahrens an das SG nicht in Betracht.

Nach [Ä 159 Abs. 1 SGG](#) kann das LSG die angefochtene Entscheidung durch Urteil aufheben und die Sache an die erste Instanz zurÄckverweisen, wenn dieses die Klage abgewiesen hat, ohne in der Sache selbst zu entscheiden (Nr. 1) oder das Verfahren an einem wesentlichen Mangel leidet und auf Grund dieses Mangels eine umfangreiche und aufwÄndige Beweisaufnahme notwendig ist (Nr. 2). Die Tatbestandsvoraussetzungen fÄr eine fakultative ZurÄckweisung im Sinne der Nr. 1 sind erfÄllt, wenn das Sozialgericht zu Unrecht nicht in der Sache entschieden hat, also dann, wenn es ein Prozessurteil gefÄllt, d.h. die Klage als unzulÄssig abgewiesen hat. Ein Verfahrensmangel im Sinne der Nr. 2 liegt vor, wenn das Sozialgericht gegen eine das Gerichtsverfahren regelnde Vorschrift verstoÄen hat.

Diese Voraussetzungen sind vorliegend nicht erfÄllt, da das SG die Feststellungsklage der KlÄgerin zu Recht als unzulÄssig abgewiesen hat. Auch ein Verfahrensmangel ist nicht ersichtlich.

Mit einer Feststellungsklage kann nach [Ä 55 Abs. 1 SGG](#) begehrt werden

1. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines RechtsverhÄltnisses,
2. die Feststellung, welcher VersicherungstrÄger der Sozialversicherung zustÄndig ist,
3. die Feststellung, ob eine GesundheitsstÄrung oder der Tod die Folge eines Arbeitsunfalls, einer Berufskrankheit oder einer SchÄdigung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes ist,
4. die Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsakts,

wenn der KlÄger ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung hat.

Bei dem in [Ä 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG](#) genannten RechtsverhÄltnis muss es sich in der Regel um ein Äffentlich-rechtliches handeln. Darunter versteht man die Rechtsbeziehungen zwischen mehreren Personen oder zwischen Personen und Sachen, die sich aus der Anwendung einer Rechtsnorm auf das VerhÄltnis von mehreren Personen zueinander oder auf das VerhÄltnis einer Person zu einer Sache ergeben. Eine Feststellungsklage ist nur zulÄssig, wenn konkrete Rechte in Anspruch genommen oder bestritten werden, wenn also die Anwendung einer Norm auf einen konkreten, bereits Äbersehbaren Sachverhalt streitig ist (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG 13. Aufl. 2020, Ä 55 Rn. 5). Die KlÄrung abstrakter Rechtsfragen ohne Bezug zu einem konkreten Sachverhalt kann nicht mit der Feststellungsklage verfolgt werden. Kein feststellungsfÄhiges RechtsverhÄltnis ist somit die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Auskunft zu einer abstrakten Rechtsfrage (Scholz, in: BeckOGK 01.05.2023, [SGG Ä 55](#) Rn. 34). UnabhÄngig von der Verdichtung und Konkretisierung eines RechtsverhÄltnisses ist dieses auch nur dann feststellungsfÄhig, wenn zwischen den Beteiligten ein Meinungsstreit besteht, aus dem heraus sich eine Seite berÄhmt, ein bestimmtes Tun oder Unterlassen der anderen Seite fordern zu kÄnnen (BSG 09.02.1995, [7 RAR 78/93](#), [SozR 3-4427 Ä 5 Nr. 1](#), [SozR 3-1500 Ä 55 Nr. 21](#), Rn. 26).

Die Zustndigkeitsklage in [§ 55 Abs. 1 Nr. 2 SGG](#) wird schon durch Nr. 1 erfasst und hat lediglich klarstellende Funktion. Auch hier geht es stets um die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhltnisses zwischen dem Klger und dem Beklagten (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG 13. Aufl. 2020 § 55 Rn. 12; Scholz, in: BeckOGK 01.05.2023, [SGG § 55](#) Rn. 43).

Vorliegend fehlt es fr die von der Klgerin in der ersten Instanz gestellten Feststellungsantrge bereits an einem feststellungsfhigen Rechtsverhltnis. Die Klgerin begehrt vorliegend sinngem zusammengefasst festzustellen, dass der Leistungskatalog der Beklagten bis 1992 Untersuchungen auf Mangelerscheinungen an Proteinen, Amino- und Fettsuren als Folge einer Intoxikation mit Schwermetallen enthalten habe, diese seit 1992 nicht mehr enthalte sowie festzustellen, dass die Beklagte fr die nunmehr fehlenden Kassenleistungen zustndig sei, sie diese zu erbringen habe und es hierfr eine Ausnahmeregelung gebe.

Hierbei handelt es sich nicht um feststellungsfhige Rechtsverhltnisse. Denn die von ihr beehrten Feststellungen beziehen sich lediglich auf Ausknfte zu abstrakten Rechtsfragen, es fehlt mithin die erforderliche Beziehung zu einem konkreten Sachverhalt, der allein in der Lage wre, ein feststellbares Rechtsverhltnis zu umgrenzen (BSG 13.11.1974, [6 RKa 35/73](#), SozR 2200 § 368e Nr. 1, Rn. 11). Darber hinaus erschliet sich dem Senat ohnehin nicht, aus welcher Rechtsgrundlage sich Ansprche der Klgerin auf fehlende Kassenleistungen ergeben sollen bzw. inwieweit die Feststellung, dass bestimmte Positionen nicht mehr im Leistungskatalog der Beklagten enthalten seien, der Klgerin zu einem konkreten Anspruch verhelfen soll.

Mangels feststellungsfhigen Rechtsverhltnisses kommt es auf das Vorliegen der brigen Voraussetzungen vorher durchgefhrtes Verwaltungsverfahren, besonderes Feststellungsinteresse nicht mehr an, so dass sich weitere Ausfhrungen hierzu erbrigen.

Sofern dem Antrag auch ein Versorgungsbegehren der Klgerin auf Leistungen fr allgemeine, zuknfte, derzeit noch unbestimmte Heilbehandlungen entnommen werden kann, ist eine solche Klage ungeachtet der brigen Prozessvoraussetzungen ebenfalls unzulssig. Einem Grundurteil ([§ 130 SGG](#)) sind allgemeine Sachleistungsbegehren nach unbestimmter Heilbehandlung nicht zugnglich (stndige Rechtsprechung des BSG, vgl. u.a. 07.09.2004, 2 B U 35/03, [SozR 4-2700 § 8 Nr. 6](#); BSG 30.01.2007, [B 2 U 6/06 R](#), juris). Insoweit ist die Klgerin darauf zu verweisen, zunchst einen konkreten Sachleistungsanspruch z.B. auf eine konkrete Heilbehandlung bei der Beklagten geltend zu machen, in dessen Rahmen dann auch die Behandlungsbedrftigkeit, die Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit, die Wirtschaftlichkeit und die Wirksamkeit der konkret beantragten Leistung in den Grenzen des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung zu prfen ist.

Im Hinblick auf den von der Klgerin gestellten Antrag, das Sozialgericht Heilbronn

zur Amtshilfe zu verpflichten, wird auf die zutreffende Begründung des SG verwiesen, wonach eine solche nur zwischen Behörden oder Gerichten vorgesehen ist, und im Übrigen von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe gemäß [Â§ 153 Abs. 2 SGG](#) abgesehen.

IV. Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

V. Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor ([Â§ 160 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG](#)).

Â

Erstellt am: 15.05.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024